

31. Oktober 2018

Postulat

von Maria del Carmen Señorán (SVP)
und Dubravko Sinovcic (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Zusammenarbeit zwischen den politischen Kreisparteien sowie dem Bevölkerungsamt betreffend Versand von Informationsmaterial, unter Wahrung des Datenschutzes, ermöglicht werden kann. Politische Kreisparteien sollen wie die Quartiervereine die Möglichkeit haben, via Bevölkerungsamt an die gewünschte Zielgruppe zu gelangen.

Begründung:

Es ist politischen Kreisparteien nicht möglich, an Informationen von Zielgruppen (z.B. Neueingebürgerte, JungbürgerInnen, NeuzuzügerInnen etc.) zu gelangen. Es ist jedoch im Interesse der Kreisparteien, gezielte Informationsanlässe in ihren Kreisen durchzuführen, wie es zum Beispiel die Quartiervereine bereits machen. Da die meisten Quartiervereine politisch neutral sind, können diese Anlässe nicht zusammen durchgeführt werden. Für die Wahrung der politischen Rechte und den Erhalt der politischen Vielfalt ist es wichtig, dass es ebenfalls ein politisches Angebot gibt.

Um eine Überflutung von politischen Sendungen zu verhindern sowie den Aufwand in der Verwaltung gering zu halten, soll diese Dienstleistung eingeschränkt (z.B. maximal ein Versand pro Kreispartei pro Jahr o.ä.) werden. Für den Aufwand eines solchen Versandes soll die Verwaltung durch den Auftraggeber entschädigt werden, so dass dies kostenneutral erfolgt.

